

Antikommunismus in Luxemburg

Eine ILRes-Umfrage zum Maulkorbgesetz

Im Frühjahr 1987 hat die ILReS einer repräsentativen Stichprobe von 986 in Luxemburg lebenden Personen drei Fragen vorgelegt, die an die Diskussion um das Jubiläum des sogenannten Maulkorbreferendums anknüpfen. Gefragt wurde erstens, ob es 1937 richtig gewesen wäre, die kommunistische Partei oder eine andere Partei mit verfassungswidrigen Zielsetzungen durch das Maulkorbgesetz zu verbieten, zweitens ob es heute richtig sei, diese Parteien zu verbieten, und drittens ob ein Referendum als solches eine "gute Sache" sei. Das Ergebnis (vergleiche Abbildungen) wurde schon in der Presse kommentiert, wir möchten an dieser Stelle einige bislang unveröffentlichte Einzelergebnisse vorstellen, die uns von der ILReS auf Anfrage zuvorkommenderweise zur Verfügung gestellt wurden.

"Immerhin sind 47% der Befragten entweder für ein direktes Verbot der KPL oder sind zumindest unschlüssig", schreibt das LW in einem Leitartikel (19.8.87), während die "Zeitung vom Letzeburger Vollek" titelt: "53% würden auch heute ein Verbot der Kommunistischen Partei Luxemburgs ablehnen" (12.8.87) Diese Interpretation des LW kommt zustande, weil es einfach die Unentschiedenen für den eigenen Standpunkt vereinnahmt. Doch wie kann man die hohe Zahl der Enthaltungen bei der zweiten und die noch höhere bei der ersten Frage erklären?

Enthaltung und Verweigerung

Die Antwort "Ich weiß nicht" kann verschieden interpretiert werden: es kann in der Tat ein Zweifel an der Richtigkeit eines Verbotes sein. Der "ewige Zwist des echten Demokraten", der sich nicht zu einer repressiven Maßnahme, zu einer "wehrhaften Demokratie" durchringen kann, so wenigstens sieht es das LW. Doch darf man die hohe Zahl der Enthaltungen bei der zweiten und die noch höhere bei der ersten Frage so interpretieren? Oder ist die Antwort "Ich weiß nicht" eine verkappte Weigerung, Stellung zu beziehen, Ausdruck politischer Gleichgültigkeit, als das sie oft von Politologen und Politikern geißelt wird?

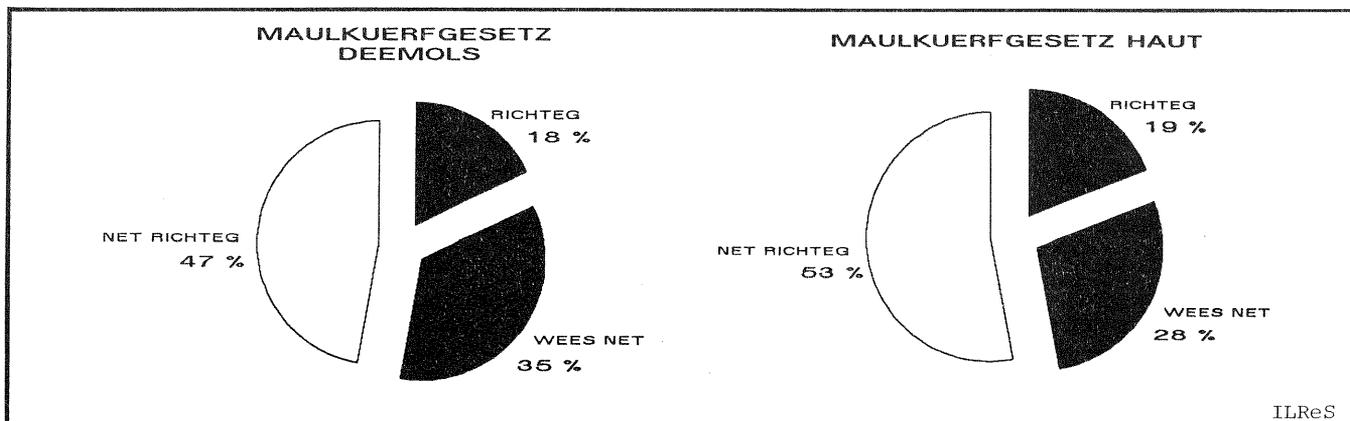
Der Soziologe Bourdieu hat darauf aufmerksam gemacht, daß das Verhalten bei Wahlen oder Meinungsumfragen (Wählen oder Enthaltung, Beantwortung oder Nicht-Beantwortung der Fragen des Enquê-

teurs) ein Gradmesser für eine ungleich verteilte politische Kompetenz ist. Die politische Kompetenz in einem engeren, technischen Sinn (Informiertheit über politische Vorgänge, Verfügen über ein politisches Vokabular etc.) ist untrennbar verknüpft mit einem gesellschaftlich erzeugten und gestützten Gefühl der Kompetenz, d.h. dem Gefühl, berechtigt und befähigt zu sein, eine politische Meinung zu haben und zu äußern. Daß diese doppelte politische Kompetenz mit Geschlecht, Bildung, Einkommen und gesellschaftlicher Stellung variiert, läßt sich bei genauerer Betrachtung der Einzelergebnisse auch bei der ILReS-Umfrage feststellen.

Während der Prozentsatz der Enthaltungen bei der ersten Frage insgesamt bei 39% liegt, zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Männern (33%) und Frauen (45%). Mit steigender Schulbildung nehmen die Enthaltungen ab (Primärschule 48%; Universität 24%). Ausländer kennen sich nicht so gut in der Luxemburger Geschichte aus, bzw. fühlen sich nicht so betroffen, sie enthalten sich zu 52%, während die Luxemburger sich nur zu 35% enthalten.

Vergleicht man die Enthaltungen zu den drei Fragen, kann man auch Rückschlüsse über das Interesse, das die Befragten den angesprochenen Themen entgegenbringen, ziehen.

Zum Maulkorbgesetz haben 39% keine Meinung, während zu einem aktuellen Verbot nur 34% keine Meinung haben. Es fehlt also trotz der Jubiläumskam-



ILReS

pagne an Betroffenheit und Information. 45% der Jugendlichen unter 25 enthalten sich bei der Maulkorbfrage, 38% immerhin noch bei der aktuellen Frage: Sozialkunde und Geschichtsunterricht sind demnach dringend erforderlich.

Bei der dritten Frage nach dem Referendum liegt der Anteil der Enthaltungen nur noch bei 22%. Bei dieser Frage sind keine besonderen Kenntnisse erforderlich, es handelt sich um eine einfache Mei-

Tabelle 1: Enthaltungen in Prozent der befragten Personen:

Fragen:	1937	1987	Referendum
Insgesamt	39	34	22
Alter			
15 bis 24	45	38	21
25 bis 34	35	30	20
35 bis 49	38	35	23
50 bis 64	35	28	21
über 64	47	41	27
Luxemburger Ausländer	35 52	28 47	18 31
Bildung			
Primär	48	43	29
Sec. 1er Cycle	34	27	15
Sec. 2e Cycle	22	17	19
Univ./Sup.	24	22	6
Frauen Männer	45 33	38 29	23 21
Monatseinkommen			
> 30.000	46	41	26
30-50.000	42	34	21
50-70.000	35	28	21
< 70.000	24	19	12

Tabelle 2: Haltung zum Maulkorbgesetz 1937 in Prozent der ausgedrückten Meinung

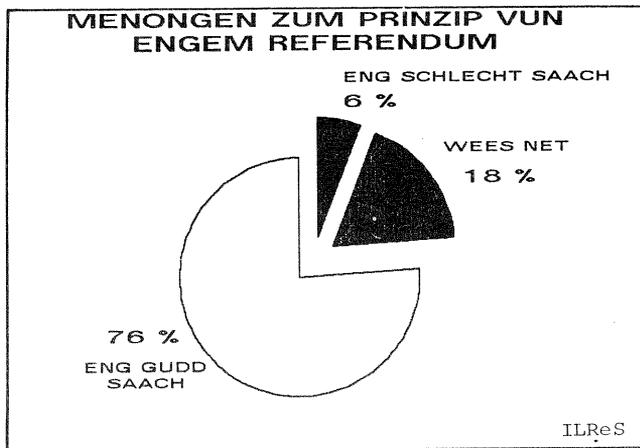
	richtig	falsch
Insgesamt	28	72
Alter		
15 bis 24	20	80
25 bis 34	29	71
35 bis 49	25	75
50 bis 64	32	68
über 64	40	60
Luxemburger Ausländer	28 26	72 74
Bildung		
Primär	35	65
Sec. 1er Cycle	24	76
Sec. 2e Cycle	16	62
Univ./Sup.	28	72
Frauen Männer	27 28	73 72
Monatseinkommen		
> 30.000	19	81
30-50.000	29	71
50-70.000	26	74
< 70.000	24	76



in: Publik-Forum

P. Bourdieu, *Choses dites*, Paris 1987

On sait que les non-réponses sont la plaie, la croix et la misère des instituts d'enquête qui s'emploient par tous les moyens à les réduire, à les minimiser, voire à les dissimuler. Vouées donc à rester inaperçues du sondeur qui les refoule dans la cuisine de l'enquête et des consignes aux enquêteurs, ces non-réponses maudites resurgissent sous la plume du « politologue » à travers le problème de l'« abstention », tare de la démocratie, ou de l'« apathie », démission dans l'indifférence et dans l'indifférenciation (le « marais »). On comprend que le sondeur politologue qui voit dans toute critique du sondage, identifié au suffrage universel (l'analogie n'est même pas fausse), un attentat symbolique contre la démocratie ne puisse soupçonner la question, décisive, que pose à la science, à la politique et à une science politique digne de ce nom l'existence de non-réponses qui varient selon le sexe (les femmes « s'abstiennent » davantage), selon la position dans l'espace social (on s'abstient d'autant plus qu'on est plus démuné économiquement et culturellement) et aussi selon la nature des questions posées (les facteurs inclinant à l'« abstention » sont d'autant plus agissants que les questions posées sont plus ouvertement « politiques », c'est-à-dire plus proches dans leur lettre et leur esprit des problèmes que se posent les doxosophes ordinaires, sondeurs, politologues, journalistes et hommes politiques). Pour mettre au jour ces vérités simples, mais dissimulées sous les évidences de la routine quotidienne du lecteur de quotidiens (« Le taux d'abstentions a atteint 30 % »), il fallait donner une valeur positive à cette bavure de l'enquête et de la démocratie, à ce manque, cette lacune, ce néant (que l'on pense au calcul de pourcentages « non-réponses exclues ») et, par un de ces changements de signe, et de sens, qui définit la rupture scientifique avec le sens commun, découvrir que l'information la plus importante réside, en toute enquête d'opinion, dans le taux de non-réponses, mesure de la probabilité de produire une réponse qui est caractéristique d'une catégorie : au point que la distribution des réponses, des oui ou des non, des pour et des contre, qui définit une catégorie quelconque, hommes ou femmes, riches ou pauvres, jeunes ou vieux, ouvriers ou patrons, n'a de sens que second, secondaire, dérivé, en tant que *probabilité conditionnelle* qui ne vaut que par référence à la probabilité primaire, primordiale, de produire une réponse. Cette probabilité attachée à une unité statistique définit la compétence, au sens quasi juridique du terme, socialement impartie aux agents concernés. La science n'a pas à célébrer ou à déplorer le fait de la distribution inégale de la compétence politique telle qu'elle est socialement définie à un moment donné du temps; elle doit analyser les conditions économiques et sociales qui la déterminent et les effets qu'elle produit, dans une vie politique fondée sur l'ignorance (active ou passive) de cette inégalité. p.222s.



nungsäußerung. Doch der geringere Anteil von Enthaltungen zeigt auch, daß das Thema interessiert, daß die Aussicht auf politische Mitsprache zur Stellungnahme animiert. Doch die oben beschriebenen Unterschiede nach gesellschaftlichen Gruppen finden sich auch bei dieser Frage wieder.

Antikommunismus in Zahlen

1937 waren 50,5% der gültigen Stimmen gegen das Gesetz, während 49,5% dafür waren. Ein denkbar knappes Ergebnis. Doch heute sieht es ganz anders aus: von den Luxemburgern, die sich zum Thema äußern finden 72% das damalige Gesetz falsch, nur noch 28% finden es richtig. Der Antikommunismus hat also in 50 Jahren stark abgenommen. Aber eine "zwanglose Meinungsumfrage" ist "kein echtes Referendum", wie der LW-Leitartikler feststellt. Und in der Tat ist der Einzelne bei der Beantwortung

N.B. Die Angaben in den ILReS-Grafiken beziehen sich nur auf die luxemburgischen Staatsangehörigen (741 der 986 Befragten)

der Umfrage ganz seinen Eindrücken und Vorurteilen überlassen, während ein Referendum mit der dazugehörigen Mobilisierung zu einer öffentlichen Meinungsbildung beitragen kann. Das Referendum des Jahres 1937 hat zu einem Ergebnis geführt, das politische Kreise damals überraschte. Eine politische Auseinandersetzung heute könnte das Ergebnis der Umfrage sicher auch verändern.

Die Detailuntersuchung der Ergebnisse der ersten Frage zum Maulkorb bringt einige interessante Einzelheiten an den Tag: Frauen und Männer sind gleich anti-kommunistisch (27% bzw. 28%). Ausländer sind es etwas weniger, 26% gegenüber 28% für die Luxemburger. Der Anti-Kommunismus nimmt mit dem Alter zu.

Ein interessantes Ergebnis zeigt der Vergleich der historischen Frage mit der aktuellen Frage für die Altersgruppe der über 65-jährigen: für ein Verbot der KPL heute sind "nur" 32%, während retrospektiv 40% das Maulkorbgesetz richtig finden. Kann diese Inkongruenz dadurch erklärt werden, daß viele ihr damaliges Verhalten rechtfertigen wollen, obwohl sich in dieser Altersgruppe, die damals am Referendum teilgenommen hat, heute eine liberalere Haltung durchgesetzt hat?

73% der Befragten finden es eine gute Sache "die Bevölkerung regelmäßig über wichtige Gesetze oder aktuelle Probleme in einem Referendum zu befragen, wie dies in der Schweiz geschieht" (Text der Frage). Die Zahl der Unentschiedenen, der "Nichtwisser" fällt auf 22%. Angesichts dieses scheinbar klaren Votums für ein Referendum, wird man abwarten müssen, ob es zum politischen Thema werden wird oder ob es eine Eintagsfliege der Meinungsforscher bleibt.

ff



CHILES KINDER A.S.B.L

Anfang Juli wurden im "Memorial" die Statuten der Vereinigung "Chiles Kinder" a.s.b.l. veröffentlicht.

Es handelt sich eigentlich hier nicht um eine neue Dritt-Welt-Organisation, sondern um das offizielle Aushängeschild der Chile-Aktion, die bereits seit 10 Jahren vom "Jugendchouer Betebuerg" hierzulande verbreitet und nun von folgenden Freunden weitergetragen wird:

Arendt-Brosius Marie-Paule, Hammerel Jean-Paul, Hengen-Enders Noëlle, Hensgen Carine, Infalt-Wewer Gaby, Juncker Maggy, Kohn Marie-José, Kohn Marcel, Kremer Jacqueline, Schaack Fernande, Schaack Michel, Schweich Yvette, Schweich Claude sowie Wagner Jean.

Den Lesern dieser Zeitschrift ist bestens bekannt, dass es "Chiles Kinder" darum geht, Sr Karoline und ihren 300 Mitarbeitern der Fundacion Missio finanziell und moralisch zu unterstützen, damit sie Kraft genug haben, um ihre Arbeit mit den Armen der chilenischen Hauptstadt fortzusetzen.

"Unter Arme", schreibt Sr Karoline, "verstehen wir nicht nur die Notleidenden, sondern auch die soziale Klasse der Entrechteten, Ausgebeuteten, an den Rand der Gesellschaft Gedrängten und Unterdrückten, die sich oft nicht wehren können, aber in den letzten Jahrzehnten angefangen haben, sich zu organisieren und aus der Sklaverei auszuziehen..."

Sr Karoline und ihre Mitarbeiter haben zum 10. Gründungstag der Fundacion Missio das Versprechen erneuert, den Armen in Liebe zu dienen und sich für ihre Würde, ihre Rechte und ihre Befreiung einzusetzen.

Wir bitten um Solidarität mit unsern chilenischen Freunden.

Chiles Kinder a.s.b.l.
20, rue des Champs
3327 Crauthem
Tel 36 93 37
CCP 89773-48